

Mekl'23: **Auswirkungen gesellschaftlicher Entwicklungen auf das arbeitsorientierte Selbstbewusstsein**

– Herausforderung für Demokratie und Kirche?

Gliederung

1 Einleitung

2 Arbeit als Grundlage für Selbstbestimmung und ihre Abhängigkeit von gesellschaftlichen Veränderungen

2.1 Menschenrechte und ihr Niederschlag in Gesellschaftsordnungen

2.2 Aufklärungen generieren Gesellschaftssysteme und die Bedingungen für Arbeit

2.2.1 Von der Antike zur Ständegesellschaft

2.2.2 Von der bürgerlichen Aufklärung zur kapitalistischen Klassengesellschaft

2.2.2.1 Industrielle Revolutionen und Auswirkungen auf Arbeit

2.2.3 Von der sozialistischen Aufklärung zur Leistungsgesellschaft in einer liberalen, repräsentativen Demokratie

2.3 Veränderungen des Verhältnisses Bürger und Staat

2.4. Das Wesen des arbeitsorientierten Bewusstseins, seine Auswirkungen an ausgewählten Beispielen

2.5 Fragwürdigkeit gewachsener „Sicherheiten“

2.5.1 wirtschaftliche Veränderungen: Digitalisierung, Globalisierung, Auswirkungen die auf Arbeit

2.5.2 politische Veränderungen im 21. Jh: von der monopolen zur multipolaren Weltordnung

2.5.3 Klimapolitik ist Handlungsänderung

2.5.4 Auswirkungen auf Verteilungskämpfe

2.6 Konsequenzen hinsichtlich Stabilität der Demokratie (Notwendigkeit einer Neuorientierung)

3 Kirche....

3.1 Die o.g. Gefährdungen – Herausforderung für Kirche?

3.2 Kreuz als Symbol kirchlicher Wirkungsrichtungen

3.3 Ausgewählte Überlegungen zur Arbeit der Kirche in der Gesellschaft

1. Einleitung:

Eine Kirchenaustrittsstudie der EKD ergab, der Anteil der Christen in unserer Gesellschaft hat sich in der Zeit von 1956 bis 2019 halbiert und liegt heute bei unter 50 %. Als Ausstiegsgründe werden u.a. genannt: Missbrauchsfälle, Kirchensteuer, zwei Drittel glauben den christlichen Kernaussagen nicht. Sucht man etwas gründlicher nach den Gemeinsamkeiten, ergibt sich Kirche/Glaube ist „unbedeutend“. Mich erschreckt mein Eindruck, dass Kirche oder Christen sich von dieser Antwort nicht besonders beeindrucken lassen oder nicht wahrnehmen können, dass das, was ihnen zentral wichtig ist, andere als unbedeutend erfahren. Ich stellte mir die Frage: w a r u m „unbedeutend“? Ich wollte von dem SI der EKD wissen, ob sie sich mit dieser Frage beschäftigen oder ob sie mir Studien anderer Institute nennen könnten, die darauf eine Antwort suchten. Beide Antworten: nein. Also suchte ich für mich eine Antwort.

1. Mir fiel zunächst auf, dass das Klagelied der Kirche, viele Austritte, wenige Eintritte, stete Abnahme eines ehrenamtlichen Engagements (wenn, dann nur kurzfristig) auch von Parteien und Vereinen gesungen wird. Also handelt es sich nicht nur um ein kirchliches, sondern vielmehr ein gesellschaftliches Problem.

2. Ich vermute einen stringenten Zusammenhang zwischen dem Bedeutungswandel der Arbeit und dem Selbstbewusstsein der Menschen. Was wären Kennzeichen eines arbeitsorientierten Selbstbewusstseins und wie könnten sie sich auswirken auf Demokratie und Kirche?

Im Folgenden gehe ich also von der These aus, dass das moderne Selbstverständnis bestimmt wird von

a) der Erfahrung, dass durch Arbeit die Grundlagen für ökonomische und soziale Sicherheit geschaffen wird,

Dabei steht die Entwicklung der Arbeit in einem Zusammenhang mit der Entwicklung der Menschenrechte und deren jeweiligem Niederschlag in Gesellschaftsordnungen.

Ich werde versuchen unter Berücksichtigung dieser Zusammenhänge den Bedeutungswandel der Arbeit und dessen Auswirkungen auf das Selbstverständnis des Menschen zu skizzieren. Dieses Selbstverständnis wird auch bestimmt von

b) der Erfahrung, dass der Funktionswandel des Staates von der Sicherheits- zur Fürsorge-

funktion dazu verführt hat, dass Menschen sich als „Kunde des Staates“ sehen. Pflicht und Empathie wurden zu verzichtbaren Fremdworten. In den Konsequenzen sehe ich eine Gefährdung der Demokratie.

In einem letzten Teil versuche ich eine erste Antwort zu finden auf die Frage, ob dieser Wandel des Selbstverständnisses und seiner Folgen für das Leben in einer demokratischen Gesellschaft als eine Herausforderung an die Kirche zu verstehen ist und wenn ja, wie Kirche darauf reagieren können müsste.

Zunächst aber will ich versuchen, unter Verwendung der Dialektik als eines gedanklichen Modells eine geschichtliche Entwicklung besser zu verstehen.

Dazu seien einleitend einige Grundbegriffe dieses Modells der Dialektik erwähnt.

(Bild 1)

Was ist gemeint „revolutionäre Veränderungen“?

Erinnern wir uns eines bekannten Modells: in einer großen Wanne ist Wasser, also H_2O im Aggregatzustand fest, also Eis. Darauf könnte man Schlittschuhlaufen, viel mehr aber nicht. Unter dieser Wanne verursacht eine Wärmequelle (Energie) diese These und bewirkt zunächst, dass das Eis sich ausdehnt, aber Eis bleibt. = Evolution, man kann darauf weiterhin nur Schlittschuhlaufen. Die Wärmequelle erwärmt weiterhin und plötzlich taut das Eis. Es bleibt H_2O , gewinnt aber den Aggregatzustand flüssig. Das ist ein Qualitätssprung, eine Revolution. Nun können mit Hilfe des Wassers Pflanzen und Menschen trinken und damit leben.

Die Wärmequelle erwärmt weiter und bewirkt wieder erst nur Evolution: das Wasser wird wärmer, nun kann man darin auch noch baden und sich erholen. Nach weiterem Erwärmen erfolgt wieder schließlich eine Revolution: H_2O wird Dampf und nun können Dampfmaschinen das Arbeitstempo des Menschen bestimmen, Personen und große Gütermengen transportieren und so schließlich die Globalisierung ermöglichen.

Mit diesem Gedankenmodell der Dialektik kann die Entwicklung der Menschenrechte und der ihnen zuzuordnenden Gesellschaften anschaulich und hilfreich skizziert werden.

2 Arbeit als Grundlage für Selbstbestimmung (Bewusstsein) und ihre Abhängigkeit von gesellschaftlichen Veränderungen

2.1 Menschenrechte und ihr Niederschlag in Gesellschaftsordnungen

Menschenrechte sind Rechte des Individuums gegenüber dem Staat.

Sie können von einer Oberschicht der Unterschicht vorgegeben werden. Dann reduzieren sie die Sinnfrage des Lebens auf ein individuelles, persönliches Problem und bewirken ein Wohlverhalten gegenüber den Interessen der Oberschicht. Als Beispiele seien genannt:

- die deutsche Reichsverfassung (Bismarck), 1871, kennt keine Bürgerrechte, sondern nur die Interessen des Staates
- die allgemeine Erklärung der Menschenrechte des Islam 1981, die islamische Rechtsordnung Scharia ist Grundlage und regelt, dass die Pflichten gegenüber der Gemeinschaft Vorrang vor den Rechten des Einzelnen haben.
- die antike Stoa: ein sittlich guter Lebenswandel verspricht Glück und ein erfülltes Leben. Ethische Orientierungen sind Tugenden wie Wissen, Mut und vor allem Gelassenheit und Selbstbeherrschung.
- Konfuzianismus in China und dem fernen Osten. Ziel ist ein Leben in Harmonie mit dem Weltganzen und ein Arbeiten an einer menschlichen Ordnung, die bestimmt wird von Achtung vor dem Anderen und der Stabilität der staatlichen Ordnung.

Aus solchen Haltungen erwächst kein Bedürfnis nach Systemveränderung.

- die allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948 gehen von Freiheitsrechten (Unversehrtheit des Körpers, Freiheit der Gedanken und des Eigentums) aus. Menschenrechte können aber auch im Kampf der Unterschicht (Bevölkerungsmehrheit!) gegen Privilegien einer begünstigten Oberschicht errungen werden. Als solche beschreiben sie das wachsende Selbstverständnis des Menschen gegenüber dem Staat und schlagen sich dann in der Entwicklung adäquater Gesellschaftsordnungen nieder. Diese sollen im Folgenden im Vordergrund unserer Erörterungen stehen, allerdings unter dem besonderen Aspekt des Zusammenhangs mit ihren Auswirkungen auf die Arbeitswelt und ihren weiteren Beeinflussungen des Selbstbewusstseins.

2.2 Aufklärungen generieren Gesellschaftssystem und die Bedingungen für die Arbeit

2.1.1 Von der Antike zur Ständegesellschaft

Die mittelalterliche Ständegesellschaft wurde von den Menschen als eine **gottgegebene Ordnung** aufgefasst, durch die jede Person einen bestimmten und festen Platz innerhalb der Gesellschaft zugewiesen bekam. Aufgrund dieser „Gottgegebenheit“ zweifelten die Menschen auch nicht an der Ständeordnung und nahmen diese einfach hin.

Die antiken Philosophenschulen der griechischen Stoa wurden vor 300 v.Ch, gegründet. Den Menschen sollte gezeigt werden, wie sie glücklich werden können und zwar aus eigener Kraft, dauerhaft und zuverlässig. Aufgrund ihrer Ratio vermögen sie die göttlichen Tugenden Mut, Gerechtigkeit, Selbstbeherrschung und Weisheit zuerkennen und ihre Rolle als Bürger wahrzunehmen.

(Bild 2)

Vorrangiges Anliegen war die Machterhaltung des ersten und zweiten Standes („Oligarchen“). Die Mehrzahl der Menschen lebte während einer relativ kurzen Lebensspanne von knapp vier Jahrzehnten in Armut und teilweise Leibeigenschaft. Für sie waren Solidarität, Fähigkeit zu Empathie und damit dann auch die Orientierung an ethischen Normen lebensnotwendig. Man brauchte einander. Produziert wurde in häuslichen Gemeinschaften. Die Kinder lernten durch Zuschauen und Mitmachen ihre berufliche Qualifikation für ihr eigenes Leben. Die Familie erfüllte die Funktionen:

(Bild 3)

2

2.2 Von der bürgerlichen Aufklärung zur kapitalistischen Klassengesellschaft

Die **bürgerliche Aufklärung** des 17./18. Jh. rief die Menschen auf, die Vernunft (Rationalität) des Menschen und ihr richtiger Gebrauch zum Maßstab allen Handelns.

Immanuel Kant: „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“

Die Aufklärung ermutigte die Menschen Europas zum Kampf gegen den absolutistischen Herrschaftsanspruch des Klerus und des Adels und führten zur **bürgerlichen Revolution**, (französischen) Revolution (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, 1789), = solidarische Leistung (!) mit dem Ziel der Abschaffung des mittelalterlichen Ständestaat mit Leibeigenschaft zugunsten der liberalen repräsentativen Demokratie mit politischen Menschenrechten (z.B. Versammlungs- und Vereinigungsrecht und Wahlrecht direkte und indirekte Beteiligung an der Politik.

(Bild 4)

Durch Aufklärung, also Bildung, und darauf aufbauend solidarisches Handeln (bürgerliche Revolution) wurde die Leibeigenschaft des mittelalterlichen Obrigkeitsstaates überwunden und die liberale repräsentative Demokratie begründet. Schulen waren vor allem kirchliche Schulen. Doch die lange Tradition kirchlicher Ignoranz (Inquisition) gegenüber kritischem Denken generierte ein selbstbewusstes, gelegentlich atheisches Denken. Aus deren Gruppen erfolgte die bürgerliche Aufklärung und Revolution und schließlich die liberale, repräsentative Demokratie. Und erstmals ganz praktisch: Die Produktionsmitteleigentümer (Kapitalisten) erleben diese neue Gesellschaftsordnung als Chancen zur selbst geschaffenen Existenzsicherung, als im Sinne der Dialektik willkommene These.

2.2.2.1 Industrielle Revolutionen und Auswirkungen auf Arbeit

Allmählich entstehen Berufe mit wachsenden Spezialisierungen. Handwerksarbeit verlagerte sich in Manufakturen = zentrale handwerkliche Produktionsstätten mit hochspezialisierter Teilarbeit. Das führte zu höherer Arbeitsproduktivität und der Trennung von Privatvermögen und betrieblichem Produktionskapital und damit zur Voraussetzung einer späteren Automatisierung und Rationalisierung, also die Substitution von Arbeit durch Kapital.

Die Kinder konnten die beruflichen Tätigkeit des Vaters nicht mehr erleben. Die Familie verlor ihre erste Funktion:

(Bild 5)

Die ersten industriellen Revolutionen ab 1800 erhöhten die Arbeitseffizienz ganz erheblich, wenn auch auf Kosten einer menschenverachtenden Verteilung der Produktionserträge:

Industrie 1.0: Die **Dampfmaschine** (1765) eröffnet das

- Maschinenzeitalter mit mechanisierter Produktion. Die Maschine bestimmt Taktgeschwindigkeit der Arbeit, menschliche Arbeit wird Zubehör zur Maschine, dampfmaschinengetriebener Eisenbahn und Schiffe transportieren große Gütermengen = erster Schritt in die Globalisierung.

Industrie 2.0: Die Einführung der **Elektrizität** erlaubt

- Massenproduktion und Automatisierung, Zertaktung der Akkordarbeit, Optimierung der Kommunikation durch Telefon und Telegramm.

Aus Hoffnung auf höheres Einkommen verließen viele Menschen ihre landwirtschaftlichen Betriebe, flohen in die Stadt, und suchten Arbeit in Fabriken. Doch die Städte als schnell wachsende Ballungsräume waren darauf bezüglich eines Angebots an Wohnraum und Infrastruktur, etwa hinsichtlich Hygiene, nicht vorbereitet. Wohnraumnot, Überproduktion und deshalb Lohnsenkung bei heute unvorstellbaren Arbeitsbedingungen und -zeiten führten zu dem Entstehen eines Industrie-proletariats, Massenverelendung, kurz: der Sozialen Frage des 19. Jahrhunderts.

2.2.3 Von der sozialistischen Aufklärung zur Leistungsgesellschaft in einer liberalen, repräsentativen Demokratie

Wie konnte es passieren, dass nach bürgerlicher Aufklärung und bürgerlicher Revolution und solidarischem Handeln an die Stelle der Leibeigenschaft im Obrigkeitsstaat nun die soziale Frage des 19. Jahrhunderts in einer liberalen repräsentativen Demokratie eintrat? Wenn es darauf keine überzeugende Antwort gäbe, wären alle zukünftigen politischen systemprägende Entscheidungen mit dem Makel der Aussichtslosigkeit behaftet.

(Bild 6) S.

Die Antwort der sozialistischen Aufklärung: Revolutionen eröffnen den gesellschaftlichen Gruppen die Chance, ihre Interessen auf Kosten Schwächerer durchzusetzen, die aufgrund eines gemeinsamen Bewusstseins und gemeinsamen Handelns die Entscheidungsstrukturen zu ihren Gunsten verändern. Also müssen Ausgebeutete wiederum ihrem Verstand folgend ein gemeinsames, revolutionäres Bewusstsein und darauf aufbauend ein gemeinsames Handeln. Und es gelang: die Arbeiterbewegung erreichte ein Recht für jeden Einzelnen auf Arbeit zu angemessenen Arbeitsbedingungen und Entlohnung.

Über Bildung (Wissen über soziale und gesellschaftliche Zusammenhänge) entstanden Gewerkschaften und Parteien (Vorläufer der SPD), Frauenwahlrecht, Mitwirkung aller gesellschaftlichen Gruppen bei der Ausgestaltung der gesellschaftlichen Bedingungen für das Zusammenleben in einer politischen Gemeinschaft. Endlich stellt sich auch Kirche auf die Seite der Ausgebeuteten. Wenn sich beide Kirchen zunächst auch noch gegenseitig eher blockierten (Kulturkampf), so wurde dennoch Prägendes erreicht: Hilfe in existentieller Not (Ketteler, Diakonie) oder als Hilfe zur Selbsthilfe: aus der Sonntagsschule entsteht die Berufsschule. Jetzt endlich fingen Kirchen an, Verantwortung für Gesellschaft zu übernehmen.

Wenden wir uns zunächst den wirtschaftlichen Bedingungen zu. Es herrscht eine Marktwirtschaft. Sie entspricht dem wirtschaftsliberalen Denken, das auf A. Smith zurückgeht. Die individuelle Freiheit des Menschen könne sich nur entfalten, wenn der Staat sich weitgehend aus privaten Dingen heraushält. Wenn jeder seine eigennützigen Ziele nach Gewinn und

Wohlstand verfolgt, dient er zugleich dem Wohle der Gesellschaft. Das stärkt Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. Dem entspricht das Modell der Marktwirtschaft:

(Bild 7)

Aus der Partizipation aller gesellschaftlicher Gruppen über Parteien (repräsentante Demokratie) in Legislative und Exekutive entstand dagegen die

(Bild 8)

Durch die Strukturpolitik („Subventionen“) sichert der Staat Arbeitsplätze und damit ökonomische Existenz. Durch die Sozialpolitik („Sozialleistungen“) sorgt der Staat dafür, dass die ökonomischen Leistungen (Arbeitsleistungen) des Arbeitnehmers vom Betrieb, seine sozialen Leistungen (Aufzucht und Bildung der Kinder) von der Gesellschaft, organisiert über den Staat, finanziert und damit die soziale Existenz gesichert wird.

Betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung über Gewerkschaften in den entsprechenden Entscheidungsgremien der Unternehmen sind weitere wichtige Instrumente der Wahrnehmung von Interessen der lohnabhängig Beschäftigten.

Allerdings verliert die Familie faktisch ihre Sozialfunktion: (Bild 9) S. 9

Soziale Sicherung durch Familie müsste mit direkter persönlicher „Gegenleistung“ honoriert werden wie Anwesenheit und Fürsorge. Bei sozialer Sicherung durch den Staat kann diese „Gegenleistung“ unpersönlich, anonym durch Beiträge und Gebühren „abgegolten“ werden.

In der Industriegesellschaft orientiert sich der Einzelne bei der Wahl seines Wohnsitzes nicht nach familiärer Nähe, sondern nach Bildungs- und Arbeits(verdienst)chancen. Die Familie verliert ihre Beherbergungsfunktion: (Bild 10) S. 9

Aber wir können eine erste **Zwischenbilanz** ziehen: alle diese Sicherungen der ökonomischen und sozialen Existenz schufen sich die Menschen selbst durch Arbeit. also

-ökonomische Leistungserstellung und

-repräsentative Beauftragung und Organisation durch den Staat.

Familie wird nicht mehr persönlich gebraucht. Der Nächste wird nicht mehr persönlich gebraucht. Gott wird nicht mehr gebraucht. An die Stelle von Familie tritt der Freundeskreis. Der ist frei wählbar und entlässt leichter aus sozialer Verantwortung.

Die Entwicklung der Arbeit und ihrer Bedingungen haben sich offensichtlich tief in das kollektive Bewusstsein eingeprägt. Der Einzelne kann seine ökonomische und soziale Existenz durch seine Arbeit selbst sichern und dem Staat wesentliche Existenzsicherungen als Pflichtaufgaben übertragen. Familie (mit sozialen Verpflichtungen) wird durch Freundeskreis ersetzt. Letzterer ist freier wählbar und entlässt leichter aus sozialer Verantwortung. Die Beziehungen zum Nächsten werden eher nach ökonomischer oder sozialer Nützlichkeit geregelt. Achtsamkeit, Empathie sind eher hinderlich oder passen nicht so richtig in das moderne Selbstverständnis.

Es dominiert ein ökonomisches Denken: richtig und rational ist, was (mehr) Nutzen bringt. Beispiel: Seniorenresidenz in Limburgerhof > Finanzierungsrichtlinien führen zu Missachtung menschlicher Würde, Ausschreibungsrichtlinien führen zu verbotenen Preisabsprachen

2.3 Veränderungen des Verhältnisses Bürger und Staat

Der Ständestaat hatte nur Freiheitsrechte (Gesundheit, Eigentum, Meinung) der Privilegierten zu schützen. Durch solidarisches Handeln (Revolutionen) eroberten sich den Menschen die liberale, repräsentative Demokratie und übertrugen ihr immer neue Aufgaben als Pflichtaufgaben. Weil sich aber gezeigt hatte, dass einem schwachen Staat Zugeständnisse bezüglich Bürgerrechten abgerungen werden konnten, dass aber andererseits ein starker Staat versucht ist, diese Zugeständnisse wieder zurückzunehmen, wurde erkannt: es genügt nicht, Rechte zu haben, es muss auch garantiert werden, sie ausleben zu können. So wurden dem Staat durch die Arbeit von Parlamenten und von ihnen beauftragte Regierungen immer neue-

Für- und Vorsorgeaufgaben übertragen und ihnen auch Verfassungsrang zugeordnet (in Deutschland z.B. gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung, der Verfassungsrang etwa über Art 1 GG).

Dabei geriet allmählich in Vergessenheit, dass der Staat seine Pflichtaufgaben nur in dem Maße erfüllen kann, wie die Bürger ihrerseits ebenfalls Pflichten wahrnehmen. So kann der Staat z.B. Sicherheit nach innen oder und außen oder Bildungschancengleichheit nur zusichern, wenn Polizisten, Soldaten und Lehrer ihre Dienstplichten erfüllen. Statt dessen nistete sich ein neues Bewusstsein ein: der Bürger ist „Kunde“, er kauft ein nahezu „Rundumsorglospaket“ und will darüber hinaus vom Staat nicht über Pflichten belästigt werden.

2.4. Das Wesen des arbeitsorientierten Bewusstseins, seine Auswirkungen an ausgewählten Beispielen

Welches sind nun die Kennzeichen dieses so gewachsene arbeitsorientiertes Selbstbewusstsein und wie zeigt es sich? Im Altertum Ratio, also Vernunft, die Fähigkeit, die Tugenden als Kunst eines sinnvolles Lebens zu erkennen und zu praktizieren. Sie waren die Grundlagen für die Pflege menschlicher Beziehungen und damit existenznotwendig. Aber sie machten die Menschen gegenüber einem ausbeutenden Staat unmündig und handlungsunfähig.

Die Aufklärung machte bewusst, dass diese Unmündigkeit selbstverschuldet ist und ermutigte, sich des eigenen Verstandes, also der Ratio, zu bedienen (E. Kant) und das Leben selbstständig und selbstbewusst zu gestalten. Durch solidarisches Handeln in Revolutionen schufen sich die Menschen Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme, in den sie lernten, durch Arbeit ihre ökonomischen und sozialen Sicherheiten selbstständig zu erarbeiten und so zu einer Selbstbestimmung zu finden.

Doch dabei bildete sich ein nur noch ökonomisches Denken aus: gut ist, was mir einen zusätzlichen Nutzen oder Ertrag bringt, der größer ist, als die dafür jeweils aufgewendeten Leistungen. Besser ist, was mehr Gewinn bringt. Übe ich Rücksicht auf Schwächere, wird mein Gewinn kleiner. Erreichen kumulierte Gewinne eine bestimmte Höhe, müssen zusätzlich Energien zur Bestandssicherung aufgewendet werden. Empathie oder Solidarität sind dabei hinderlich. Gleichsam wie eine „säkularisierte Religion“ erscheint die Theorie von Adam Smith: wenn jeder seinen privaten Nutzen maximiert, wird der Wohlstand einer ganzen Gesellschaft maximiert. Eine am Gemeinwohl orientierte Haltung erscheint wie ein Aus-

druck von Lebensunfähigkeit oder zumindest unklug. Der Begriff Ratio hat sich in sein Gegenteil verwandelt: rationalisieren heißt Menschen zu ersetzen durch Maschinen (in den Händen weniger).

Ein Denken, dass in den Grenzen des nur Ökonomischen verharrt, also nur Bestandssicherung und Nutzenmehrung kennt, verlernt Achtsamkeit, Empathie, Solidarität. Der Andere wird hemmungslos zum Mittel. Herabsetzung Andersdenkender, Enthemmung bei der Wahrnehmung von Rechten, Diskriminierung, Hetze, Gewalt, Krieg sind Gestalt gewordene Gedanken.

Kurz einige Beispiele der Praxis:

Verhalten des Einzelnen: mit einem mit riesigem Werbeaufwand wurde eine Schnäppchenmentalität ausgebildet, die Menschen, die ausreichend online affin sind und Gelegenheit und Zeit zur Schnäppchenjagd haben, sich auf Kosten anderer zu bereichern. Über den Onlinehandel werden Fachgeschäfte und deren Arbeitsplätze und Materialien vernichtet und die Wohnqualität von Kommunen gesenkt. An Qualität und Quantität zunehmende feindselige und ehrverletzende Äußerungen in sozialen Medien werden fast als leider gegeben akzeptiert.

Verhalten von Gruppen: Ohne Rücksicht auf Belange des Gemeinwohls (Berufspendler, Urlaubsbeginn, familienfreundliche Feiertage u.a.m.) werden Streiks der öffentlichen Verkehrsbetriebe in sensible Zeitabschnitte verlegt.

Verhalten in Politik: Lässt man Dinge wie Herausforderungen des Klimawandels, die Zukunftsfähigkeit der heimischen Wirtschaft, das Schließen der sozialen Schere und damit das Zusammenleben in einer Gesellschaft außer Betracht, wird der Einsatz für die schwarze Null und Schuldenbremse letztlich ein Kampf um Bestandserhalt bei der Verteilung der Einkommenszuwächse. Jeder weiß, dass das Herausögern dringender Maßnahmen der Infrastruktur deren Kosten erhöht und auf die nachfolgende Generation verlagert. Und es besteht nicht einmal die Bereitschaft, bei der Schuldenbremse zu unterscheiden zwischen Konsum- und

Investitionsausgaben, um wenigstens Aufgaben anzugehen, wie sie im „Klima- und Transformationsfonds“ gedacht waren: Umbau zu einer klimafreundlichen Wirtschaft, Ausbau der Elektromobilität und Wärmenetzen, Förderung des Austauschs von klimaschädlichen Heizungen, Modernisierung der Deutschen Bahn und ihres Schienennetzes, Subventionierung von Halbleiterfabriken.

2.5 Fragwürdigkeit gewachsener „Sicherheiten“

2.5.1 wirtschaftliche Veränderungen: Digitalisierung, Globalisierung, Auswirkungen auf Arbeit

Doch „plötzlich“ wird im 21. Jahrhundert die Gewissheit, die eigene ökonomische und soziale Existenz durch Arbeit garantieren zu können, fragwürdig. Die sinnstiftende und Selbstverwirklichung versprechende Funktion der Arbeit scheint verloren. Technische und politische Veränderungen erschüttern das arbeitsorientierte Selbstbewusstsein und generieren die Angst, den geänderten Anforderungen der Arbeit nicht mehr gewachsen zu sein.

Industrie 3.0: Schon in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert eröffnet der programmgesteuerte oder frei programmierbare Computer Möglichkeiten der Automatisierung durch Elektronik und Informationstechnik.

Industrie 4.0: CPS, also „cyber-physical-systems“ verbinden software-technische Komponenten mit mechanischen. Sensoren verarbeiten Daten aus der physikalischen Welt und steuern deren Komponenten für die Industrie. Der Datentransfer zwischen beiden erfolgt über das Internet in Echtzeit. Das eröffnet der Globalisierung völlig neue Chancen: Während die Unternehmenszentrale in Europa verbleibt, können Produktionsstätten und damit Arbeitsplätze verlagert werden. Das geschieht dann nicht in die Länder, deren Menschen zu uns fliehen, damit diese Bleibeperspektiven in ihrer Heimat bekommen. Die Produktionsstätten werden dorthin verlagert, wo Rohstoffe und qualifizierte Arbeitskräfte billiger sind oder sich Absatzmärkte eröffnen. Es gilt nicht mehr das Leistungs-, sondern hemmungslos das Erfolgsprinzip.

Digitalisierung

- Hoffnung, z.B. Behördengänge über das Handy abwickeln zu können
- Angst vor Folgen auf dem Arbeitsmarkt:
 - Chancen: Wer die benötigten Qualifikationen besitzt, dem eröffnen sich Chancen, von monotoner Arbeit entlastet zu werden und Möglichkeiten der Selbstverwirklichung über sinnvolle Tätigkeiten zu finden.

Gefahren: Arbeitsmarktexperten warnen: in den nächsten vermutlich 2 Jahr-zehnten wird ein Heer von etwa 7 Mill. Arbeitslosen einem ebenso großer Mangel an Facharbeitskräften gegenüberstehen. Aus Qualifizierungsgründen werden sie nicht miteinander verrechnet werden können..

2.5.2 politische Veränderungen im 21. Jh: (von der monopolaren zur multipolaren Weltordnung) und ihre Auswirkungen auf die Sicherheit der Arbeitsplätze

Länder der sog. dritten Welt haben sich durch wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und/oder militärischen Aufstieg zu Schwellenländern oder sogar weiter entwickelt und sich zu neuen Allianzen zusammengefügt, aktuell z.B. die BRICS-Staaten, also Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika, andere wollen hinzukommen wie etwa Saudi-Arabien.. Ihr verabredetes Ziel ist es, die bisherige bipolare Weltordnung (westliche Demokratien versus Rest der Welt) umzuwandeln in eine multipolare, die zu einem wachsenden politische Bedeutungsverlust Europas führen dürfte. Ein zunehmender Anteil der Weltbevölkerung wird nicht in demokratischen, sondern von Oligarchen diktatorisch regierten Systemen leben und diese Oligarchen werden an ihrer eigenen Machtsicherung mehr interessiert sein als am Wohl ihrer Bevölkerung.

2.5.3 Klimawandel – eine neue Art von Herausforderung

Die Transformation von dem mittelalterlichen Obrigkeitsstaat zur liberalen, repräsentativen Demokratie und die Auseinandersetzung um soziale Fragen und Existenzsicherung waren letztlich „Verhandlungen“ (wenn auch manchmal kriegerisch). Auf den beiden Seiten des Verhandlungstisches saßen Menschen.

Der menschengemachte Klimawandel ist ein ganz anderes Thema. Die Natur verhandelt nicht. Sie erträgt unseren Umgang mit ihr, als sei sie unser ökonomisch ausbeutbarer Besitz, nur eine Zeit lang. Und dann kapituliert sie als Naturkatastrophen. Statt der ökonomischen Kunst der Verwandlung von natürlichen Ressourcen in vermeintlichen Wohlstand bräuchten wir eine reife Haltung der Achtsamkeit und der Empathiefähigkeit und der Erkenntnis, dass wir als Geschöpfe Haushalter, Verwalter der Schöpfung zu sein haben.

2.5.4 Auswirkungen auf Verteilungskämpfe

Ein arbeitsorientiertes Bewusstsein, bei dem jeder seinen Nutzen maximieren möchte, stößt auf Grenzen der Ressourcen. Das führt zu einer Verschärfung der Verteilungskämpfe, die sogar bis in Bereiche außerhalb der Rechtsordnung führen können.

Soweit es sich dabei um Fragen der sozialen Schere handelt, können sie durch Tarifverträge und Sozialpolitik noch leidlich friedlich gelöst werden. Strukturelle Fragen wie etwa Infrastruktur, industrielle Standortsicherung oder nachhaltige Anpassungen an den Klimawandel können nur mittel- oder langfristig angegangen werden und zwar mit Steuerpolitik. Nicht-Produktionsmittelbesitzer wollen solche Innovationen möglichst schnell, die ihnen ihren Arbeitsplatz sichern. Produktionsmittelbesitzer sind aber dazu nur bereit, wenn längerfristig zusätzliche Gewinne garantiert sind. Ansonsten blockieren sie mit Maßnahmen der Besitzstandswahrung. Umso mehr braucht es da Tugenden der gewaltfreien und konstruktiven Konfliktaustragung, soll dennoch der gesellschaftliche Frieden gewahrt werden.

2.6 Auswirkungen des arbeitsorientierte Selbstbewusstsein und seiner Verunsicherung auf die Stabilität der Demokratie

Wir feiern in diesem Jahr 75 Jahre GG, die Zielangabe und der Rahmen unserer Demokratie. Im Vergleich mit deutschen Vorläuferverfassungen, etwa der Paulskirchen- oder der Weimarer Verfassung ist sie diejenige, die den Rahmen einer Politik ermöglichte, die uns 8 Jahrzehnte Frieden und einen im Weltvergleich herausragenden Lebensstandard schenkte. Wir könnten also zufrieden und vor allem dankbar sein.

Aber Zweifel werden angemeldet. Laut einer repräsentativen Befragung der Leibniz-Gemeinschaft, einem Zusammenschluss außeruniversitärer Forschungsinstitute, sehen 39% die Demokratie durch rechtsextremistische Populisten bedroht, 18% halten die Politik abgehoben und falsche Schwerpunkte setzend (selektive Industriepolitik wie Chipfabriken statt Infrastruktur, Energie, Wohnungsbau, Bildung, Verkehr), 5% sehen in der Migration eine Bedrohung, also insgesamt 62%, d.h. eine Mehrheit.

Dennoch will ich nicht bei den Zweifeln ansetzen, sondern Antworten auf die Gefährdungsfragen suchen aus einmal der Entstehungsgeschichte der Demokratie und zum anderen aus den Fragen nach den Anforderungen an das Funktionieren unserer demokratischen Grundordnung.

Aus der Entstehungsgeschichte der repräsentativen Demokratie lässt sich eine wichtige Bedingung ableiten:

Im mittelalterlichen Obrigkeitsstaat blieben die Menschen von politischen Entscheidungen ausgeschlossen und wurden bis zur Leibeigenschaft erniedrigt. Durch solidarisches Handeln eroberten sie ihre Gestaltungskompetenz. Aber zunächst entstand aus der bürgerlichen Revolution eine Demokratie der Besitzenden. Es entstand ein Denken, das sich als rational verstand, es war aber praktisch ein ökonomisches Denken und führte zu industriellen Revolutionen zum Preis der Verelendung des Proletariats. Erst die sozialistische Revolution erlaubte eine Partizipation aller gesellschaftlichen Schichten und damit wurde die Demokratie ein „Mitmach-System“ für alle Bürger. Das kann aber nur funktionieren, wenn die Bürger nicht

nur Rechte beanspruchen, sondern auch Pflichten wahrnehmen, also solidarisch handeln und das gilt für Bürger gleich welchen sozialen Standes.

2. Bevor wir nach den heutigen Anforderungen fragen, gestatten Sie aber ein kurzer Blick auf die formale Struktur.

In einer präsidentialen Demokratie wählt das Volk den Regierungschef direkt als Präsidenten, der dann unter sich eine Regierung beauftragt. Da von Deutschland zwei Weltkriege ausgingen, gaben die Siegermächte bezüglich der Erarbeitung des Grundgesetzes dem Parlamentarischen Rat zwei Vorgaben: Der Staatsaufbau musste föderativ sein, also als Bund und Bundesländer mit eigenen Zuständigkeiten und differenzierten Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Bundesgesetzgebung und der Regierungschef durfte nicht vom Volk direkt, sondern nur vom Parlament gewählt werden, damit er auch von diesem wieder abgewählt werden konnte. In diesem parlamentarischen Kabinettsystem kommt also dem Bundestag eine besondere Bedeutung zu. Er hat nicht nur die Kontrollaufgabe per Haushaltsrecht, sondern darüber hinaus auch noch eine eigene Gestaltungsfunktion per Gesetzgebung.

Nun also zu grundlegenden Fragen.

Wir sprechen von einer liberalen Demokratie.

Ursprünglich strebte der Liberalismus eine freiheitliche politische, ökonomische und soziale Ordnung an. Doch allmählich reduzierte sich diese Idee praktisch auf nur ökonomisches Denken und Handeln, oft verschleiert mit dem Begriff rational. Es wird von Werten gesprochen und nach Zwecken (Nutzenoptimierung) gehandelt. Zwar verhindert die angesprochene Fürsorgefunktion des Staates eine Verelendung des Prekariats, aber die soziale Schere weitet sich aus.

Der amerikanische Psychologe Maslow hat im letzten Jahrhundert eine Pyramide menschlicher Bedürfnisse erkannt von den Grundbedürfnissen (Nahrung, Kleidung, Wohnen) über mehrere Niveaustufen bis zum Bedürfnis nach Selbstverwirklichung und dabei herausgearbeitet, dass ein höheres Bedürfnis erst entstehen kann, wenn das nächst niedrigere voll befriedigt ist.

Dazu ein paar Zahlen:

Durchschnittlich monatlich

| | Bruttolohn | ergibt Rente |
|------------|------------|--------------|
| Vollzeit | 3.300 | 1.080 |
| Teilzeit | 1.950 | 650 |
| Untere 50% | 1.400 | 450 |

Wer bei diesen Zahlen die eigene Altersarmut zu erwarten hat, kann sich für diese Demokratie nicht begeistern und aktiv einsetzen. Er öffnet sich populistischen Heilsversprechungen. Daraus folgt, soweit eine Anfälligkeit für Populismus sich aus Existenzgründen ergibt, liegt die Verantwortung für die Demokratiesicherung bei Menschen mit höherem Lebensstandard.

Wir sprechen von einer repräsentativen Demokratie.

Der Repräsentierte (Bürger) beauftragt (wählt) den Repräsentanten (Politiker) in seinem Sinne den Rahmen für das gesellschaftliche Zusammenleben zu organisieren. Das wirft Fragen auf:

a) die Qualifikation der Repräsentanten

- Bislang: sind alle wichtigen gesellschaftlichen Schichten und Gruppen im Parlament vertreten? Die Parteien bemühen sich beim Aufstellen von Wahllisten diesen Gesichtspunkt zu beachten. Die bisherige Praxis beim Aufstellen von Wahllisten in Wahlversammlungen sind keine erheblichen Bedenken vorgetragen.

Ich bezweifle aber, ob die so in den Parlamenten vorhandenen Qualifikationen den modernen Anforderungen aus Globalisierung, Digitalisierung, Fähigkeit und Bereitschaft nachhaltiger Klimapolitik und Förderung des Demokratieinteresses genügen. Auf eine nur Expertenregierung darf es nicht hinauslaufen.

- Politiker ohne abgeschlossene akademische oder praktische Berufsausbildung müssen stets dafür sorgen, dass sie ihr Mandat behalten, weil sie sonst keine Alternative haben. Das erzwingt Kompromisse nach allen Seiten und führt zu einem lähmenden Mangel an politischen Konturen.

- Sind Politiker in einem Alter, bei dem sie die Konsequenzen ihrer Entscheidungen kaum noch erleben, neigen dazu, an in der Vergangenheit Bewährten festzuhalten. Sie beschneiden damit Jüngeren die Chance, deren nahe Gegenwart angesichts moderner Her

ausforderungen zu gestalten. Deshalb würde ich eine Altersobergrenze begrüßen. Es müssen andere Möglichkeiten gefunden werden, wie Ältere ihre durch Erfahrung erworbene Qualifikation beratend einbringen können.

Alle Gesetze müssten hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Demokratiewirkung (-bewusstsein) der Wähler überprüft werden. Das könnten die Fraktionen in das Gesetz des (dem Bundestagspräsidium zugeordneten) Ethikrates schreiben oder in der Weise selber übernehmen etwa in Form eines ständigen Ausschusses für Demokratiewirksamkeit, der diese Aufgabe während der 2. Lesung beim Entstehen eines Bundesgesetzes wahrnimmt.

(Bild 11) S. 18

b) die Qualifikation der Repräsentierten

Der Wähler muss in der Lage sein, das Handeln und Vollbringen der Politik zu verstehen, zu beurteilen und seine Stimmabgabe daran zu orientieren. Niedrige Wahlbeteiligungen, Wahlentscheidungen als Folge telegener Auftritte, die Wirksamkeit nicht sachorientierter Wahlwerbung (aussagelose Plakate, kleine Wahlgeschenke), vor allem aber die Wirksamkeit propagandistischer Rhetorik und das Fehlen einer an Sachauseinandersetzung sich orientierenden Debattenkultur belegen ein äußerst bedenkliches Qualifikationsniveau.

Im Augenblick sehe ich aber die Kommunikations- und Debattenkultur als das allem anderen vorrangige Problem an und werde darauf im Zusammenhang mit Kirche zurückkommen. Deshalb jetzt hier nur einige Gedanken:

1. Um Regierung und Parteien zur Offenlegung ihrer politischen Ziele zu veranlassen, könnten die ständigen repräsentativen Befragungen nicht nach Parteienzustimmung, sondern Politikzustimmung fragen. Die Regierung (oder Partei X) plant folgendes Lieferkettengesetz. Die Opposition (Partei Y) hält dagegen: ... Wenn am Sonntag Wahl wäre ...

2. Dem Bundestagspräsidium ist ein Ethikrat zugeordnet, der das Parlament bezüglich zur Entscheidung anstehenden Gesetzen das Parlament über den Stand der gesellschaftlichen, medizinischen, rechtlichen Fragen berät. Sein Aufgabenkatalog könnte erweitert werden

mit wissenschaftlich begründeten Erwartungen an Auswirkungen wie die Beachtung von Gemeinwohlinteressen, Demokratiebewusstsein, Anregungen zur politischer Partizipation.

3. Am Anfang des 21. Jahrhunderts gehört Rechtsextremismus zur Normalität fast aller westlichen Demokratien. Erläuterung der dazu vorgetragenen populistischen Positionen. Dabei stehen die Ethnisierung gesellschaftlicher Verhältnisse, also die Verknüpfung gesellschaftlicher Missstände mit bestimmten ethnischen Gruppen, denen negative Eigenschaften zugeschrieben werden, und Absagen an die Menschenrechte im Mittelpunkt.

Deshalb könnten zu jeweiligen politischen Zielen der Regierung die dazu vorgetragenen populistischen Positionen offen erläutert werden.

4. Die beitragsfinanzierten Pressemedien könnten – auch bezüglich Finanzausstattung – zu mehr konstruktiver Berichterstattung veranlasst werden und dazu, diese Beiträge zu frühen Abendstunden zu bringen. Dabei müssten nicht nur die Fehler und Schwierigkeiten, sondern auch die tatsächlich erbrachten politischen Leistungen dargestellt werden und zwar in Relation zu ihrer jeweiligen Bedeutung. Davon versprache ich mir eine wirklichkeitsnähere und Vertrauen fördernde Wirkung und damit wichtigen Beitrag gegen populistische Verzerrungen.

3 Kirche....

3.1 Die Gefährdungen der Demokratie – Herausforderung für Kirche?

Wir hatten die Entwicklung des arbeitsorientierten Bewusstseins und seine Verunsicherung skizziert und gefragt, wie sie sich auf die Stabilität der Demokratie auswirken könnten.

Nun wollen wir uns mit der Frage beschäftigen, ob diese Auswirkungen auch als Herausforderungen für die Kirche verstanden werden können oder gar müssen.

Ich will mit dem Hinweis auf destruktive Auswirkungen des arbeitsorientierten Bewusstseins nicht missverstanden werden. Dieses Bewusstsein entwickelte sich als Ergebnis eines ständigen Anpassungsprozesses an die Veränderungen der Arbeitswelt und es bescherte uns Ar-

beitsplätze und Einkommen und damit ökonomische Existenzsicherung. Mein Thema sind die psychologischen und sozialen Auswirkungen. Das diesem Bewusstsein innewohnende gleichsam natürliche oder rationale Motiv der Nutzenoptimierung, notfalls ohne Rücksicht auf Schwächere, führt erkennbar zu einem Verlust an Achtsamkeit, Empathie und Wissen um eine Angewiesenheit auf Gemeinschaft. Suchte man früher einen Ausgleich durch fernöstlich orientierte Entspannungstechniken, so suchen wir heute durch Übungen in Resilienz- und andere Selbstoptimierungstechniken eine Anpassung an diese Herausforderungen.

Eine ganz besonders bedrohliche und demokratiegefährdende Wirkung dieses Verlustes an Achtsamkeit und Wissen um Angewiesenheit auf eine Gemeinschaft sehe ich in dem aktuellen Verschwinden einer politischen Debattenkultur. Es waren die gewählten Repräsentanten unserer repräsentativen Demokratie, die bis zum Überdruß der Wähler sich auf Kosten der jeweiligen Gegner in anderen Parteien und Konkurrenten um Listenplätze in den eigenen Parteien zu profilieren suchten. Die Repräsentierten erkennen kein Ringen um bessere Problemlösungen mehr, sondern erleben nur noch hämischen Streit. Wenn ein gewählter stellvertretender Ministerpräsident einer grölenden Menge im Blick auf die gewählte Bundesregierung zuruft, man müsse die Demokratie zurückgewinnen, wenn ein für die Zukunft von Arbeitsplätzen zu dringend benötigtes Wachstumschancengesetz nur fast amputiert erreicht wird, wenn ein Lieferkettengesetz, das Ausbeutung von Kindern verhindern soll, am Egoismus einer reichen Gesellschaft oder wenn ein Geldwäschegesetz scheitert, weil nicht zugemutet werden könne, offenzulegen, wie ein Vermögen entstanden ist, wenn demokratische Parteien ihre politischen Aschermittwochsveranstaltungen absagen müssen, wenn Kommunalpolitiker ihre Ämter aufgeben, um sich und ihre Familien zu schützen, um nur einige Beispiele zu nennen, dann bleibt die dringende Frage, wer kann die dringend benötigte Verantwortung übernehmen für das Rückgewinnen von einem achtsamen Umgang in einer lebenswerten Gesellschaft. Eigentlich könnten das nur die Gruppierungen, die sich dem Gemeinwohl verpflichtet fühlen, also Parteien, Vereine, Kirchen.

Parteien scheiden jetzt aus. Sie haben diese Entwicklung verursacht.

Vereine scheiden weitgehend aus. Ihre jeweiligen Vereinsziele sind zu spezifisch und in der Regel auf die Freizeitgestaltung gerichtet, also einem Raum, in dem die hier thematisierten Konflikte keine Rolle spielen.

Und warum die Kirchen? Ich übertrage Luthers Begriff von der „Freiheit eines Christenmenschen“ (Reformationsschrift 1520) auf unser Thema: Ein Christ ist frei, auf das ökonomische Denken zu verzichten, wenn seine Freiheit ihre Grenze findet in der Freiheit des Nächsten und deshalb wird er frei, dem Nächsten mit Achtung, Empathie und Wertschätzung zu begegnen, weil er in dem Nächsten Gott begegnet. Diese Haltung ist sein Gebet und zu dieser Haltung kann er andere einladen. Das ist ein erster, vielleicht der wichtigste Schritt, wie Menschen als Geschöpfe ihre Verantwortung für die Schöpfung wahrnehmen.

Wenn die Kirchen diese Verantwortung nicht übernehmen, Sachwalter der Schöpfung im Auftrag des Schöpfers zu übernehmen, in dem sie Mut machen, die in der Bergpredigt angesprochene Ethik zu versuchen, werden sie mitschuldig, wenn Populismus als normative Kraft des Alltäglichen sich durchsetzt. Dabei genügt es nicht, gegen rechts zu demonstrieren, wir müssen Begeisterung für Demokratie wecken.

Ich habe keine Musterlösungen parat, wie Kirche sich dieser Verantwortung stellen könne oder müsse, aber ich will einige Anregungen zum Nachdenken vorschlagen:

3.2 Kreuz als Symbol kirchlicher Wirkungsrichtungen

Lassen Sie mich einleitend ein Bild gebrauchen, das Bild des Kreuzes als Symbol für das Doppelgebot der Liebe nach Markus 12:

Der senkrechte Balken steht für den **persönlichen, meditativen Gottesdienst**, für die persönliche Beziehung zwischen Gott und seinem Geschöpf. Hier werden wir in der Gewissheit befähigt und beauftragt, Salz zu sein und diese Zusage weiter sagen zu können.

Der waagrechte Balken steht für den **sozialen Gottesdienst**. „Reich Gottes auf Erden“ wird nicht wie ein Wunder von einem transzendenten Wesen über die Gesellschaft gestülpt, sondern es wird erfahrbar, erlebbar durch das praktische Tun handelnder Menschen. Der soziale Gottesdienst ist der Wahrhaftigkeitstest des persönlichen Gottesdienstes. Das Kreuz hört auf, Kreuz zu sein, wenn einer der Balken fehlt.

Was das heißt, hat m.E. der Ökumenische Rat der(immerhin 350) Mitgliedskirchen 1938 in Vancouver beantwortet mit der Vereinbarung eines konziliaren Prozesses, also der Verpflichtungen zu

- Frieden

Angesichts der Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen war das primär ein außenpolitisches Thema. Man kann es aber auch als ein innenpolitisches sehen als ein gewaltfreies, also achtsames Austragen sozialer Konflikte.

Gerechtigkeit

Statt „gendern“ könnte ein Aspekt heißen: gleich Bezahlung für gleiche Leistung und mehr noch, für gleichwertige Leistung, es müsste also endlich das Versprechen aus der Coronazeit eingelöst werden, dass Arbeit an und mit Menschen nicht schlechter bezahlt wird als administrative, kaufmännische oder technische Arbeit. Dass das immer noch ein Thema ist, verletzt nicht nur die Würde der Minderbezahlten, sondern auch die derjenigen, die das noch immer zulassen.

Bewahrung der Schöpfung

Statt die Natur als einen ökonomisch ausbeutbaren Besitz anzusehen, ist es überlebensnotwendig, eine Haltung zu lernen, die jedem Lebewesen ein nachhaltiges Recht auf Leben am angestammten Platz zu gewährt.

3.3 Ausgewählte Überlegungen zur Arbeit der Kirche in der Gesellschaft

Im Rahmen der online-Veranstaltungsreihe „Wohnzimmergespräche“ an jedem letzten Samstag eines Monats um 16:00 Uhr lernte ich Katarina Kristinová. Sie habilitiert über das Thema der „unsichtbare Gott“. Ihre These: Gott handelt, aber wir müssen Antennen entwickeln, um sein Handeln erkennen und erfahren zu können. Ich ergänze, das kann auch über Strukturen geschehen, etwa der Rechtsordnung. Spuren des Gedankens der Gnade lassen sich erkennen, wenn wir bedenken: aus dem Verschuldungsprinzip bei gescheiterten Ehen wurde das Zerrüttungsprinzip, das den Schwächeren schützt. Aus dem Konkursrecht, das zum wirtschaftlichen Tod des Schuldners führte, wurde das Insolvenzrecht, das den Schuldner am Leben lässt durch Mitwirken der Gläubiger, die dazu in der Lage sind.

Gott hat die Verantwortung für den Erhalt seiner Schöpfung seinen Geschöpfen übertragen. Daraus folgt, dass Kirche an solchen Strukturen mitwirken kann und muss. Das kann über die Pflege von Beziehungen erfolgen, über persönliche Beziehungen, etwa wenn langjährig Verheiratete, wieder lernen, für scheinbar Selbstverständliches, Gewohntes, einander danke zu sagen. Das kann in Kleingruppen geschehen, etwa Nachbarschaftshilfe. Das kann aber auch in der Beziehung einer Gesellschaft erfolgen, wenn Kirche Chancen eröffnet, in konkreten Aktionen hilft, Umgangsformen zu praktizieren, die geleitet sind von Respekt, Achtsamkeit und Wertschätzung.

Wenn wir sagen, Gott ist nicht beweisbar, aber er erweist sich durch Erfahrungen in Begegnungen, dann stehen wir vor einem Dilemma: einerseits nimmt der Anteil der Geistlichen im Verhältnis zur Gemeinde als personellen und finanziellen Gründen ab, andererseits muss Kirche ihre Beziehungsarbeit deutlich intensivieren, soll ihre Botschaft erfahrbar werden. Daraus ergeben sich Konsequenzen:

1. Kirche muss mit allen ihren Mitgliedern praktisch in die Beziehungsarbeit eingebunden werden. Die neueste Geschichte der Linken im Bundestag lehrt, dass eine Gemeinschaft nur dann und in dem Maße wirkungsvoll arbeiten kann, in dem ihre Mitglieder in gemeinsamen Überzeugungen übereinstimmen. Für Christen ist das eine Frage ihres Glaubens und damit auch ihrer Gottesvorstellung. Es gibt eine breite Palette möglicher Gottesvorstellungen, vom einem personalen Gott über nicht-personale Vorstellungen bis zu nur transzendente Energie. Wer sich Gott personal vorstellt, kann zu ihm beten und hoffen, dass Gott konkret gesellschaftliche Strukturen schafft. Friedensgottesdienste bewirken dann Frieden. Wer keine Antwort findet auf Fragen wie wo war Gott in den Konzentrationslagern, wo ist er in Folterkammern, wo war er, als Katholiken und Protestanten im 30-jährigen Krieg (1618 – 1648) gegeneinander Krieg führten oder Sunniten und Schiiten heute Krieg führen, der kann nicht an einen personalen Gott glauben. Dessen Gebete versteht er als Meditationen, die ihm Kraft geben zu einer an der christlichen Botschaft orientierten Haltung geben. Wer nur eine Vorstellung von einer transzendenten Energie hat, braucht sich keine Sorgen machen. Energie geht nicht verloren. Fehlen solche gemeinsamen Überzeugungen, glauben die einen, dass es Aufgabe der Kirche sei, an Strukturen des gesellschaftlichen Miteinanders zu arbeiten und

glauben andere, dass es Aufgabe der Kirche sei, sich in die Enge der Kirchenmauern zurückzuziehen und eigene Kernzuständigkeiten zu pflegen, dann kann Kirche nicht als Kirche handeln.

2. Damit will ich sagen, dass es Aufgabe der theologischen Lehrer ist, über eine geistlich-seelsorgerliche Bildungsarbeit darauf hinzuarbeiten, dass Kirche zu einer handlungsfähigen Kirche wird, eine Kirche, die es erleben lässt, was sie als reformatorische Kirche auszeichnen sollte, dem einen Leib Christi, dem allgemeinen Priestertum aller Gläubigen. Dafür müssten sie alle kirchenadministrativen Aufgaben den dafür Ausgebildeten überlassen.

3. Unter Bildung wäre die Fähigkeit und Bereitschaft eines Menschen zu verstehen, angesichts der realen gesellschaftlichen Bedingungen ein Leben in Würde zu leben, das hieße auch mit einer Haltung, die von Achtsamkeit und Empathie bestimmt ist.

Kirche dürfte nicht abwartend sein (bis die Menschen zur Kirche kommen), sie müsste entschiedener aufsuchend, hingehend (dorthin, wo die Menschen sind), einladend, abholend, kurz, Mut zum Leben machend, sein.

Kirchliche Bildungsarbeit müsste demokratiewirksamer Bewusstsein schaffen im Sinne von bewusst „sein“. Und das geschieht pädagogisch nicht nur über Vermittlung von Wissen über gemeinschaftsdienliche Haltungen, sondern auch das Einüben dieser Haltungen.

4. Die Inhalte dieser Bildung betreffen die Versprechungen des konziliaren Prozesses, also Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung, so praktisch wie möglich vor Ort. Daran könnte die das Handeln Gottes in der Welt erlebbar, erfahrbar werden.

5. Kirche kann nicht auf allen Gebieten Expertin sein. Dieses Arbeiten an den oben genannten Zielen kann nur mit gesellschaftlichen Gruppen zusammen erfolgen, um Effizienz, Synergieeffekte und Multiplikatorwirkungen zu sichern. Zu solchen Gruppen zähle ich auch andere Religionen und Kulturen. Kirche könnte von deren Friedensgedanken lernen, den eigenen Horizont zu erweitern. Kirche könnte etwa zusammen mit Parteien und Vereinen Experten einladen, durch die Politik angestrebte Ziele so erläutern und diskutieren zu lassen, dass dabei Achtsamkeit und Empathie geübt werden. Sie könnte auch selber Ziele vorschlagen. Sie könnte z.B. darauf hinwirken, dass gleiche Löhne für gleiche Arbeit gezahlt werden,

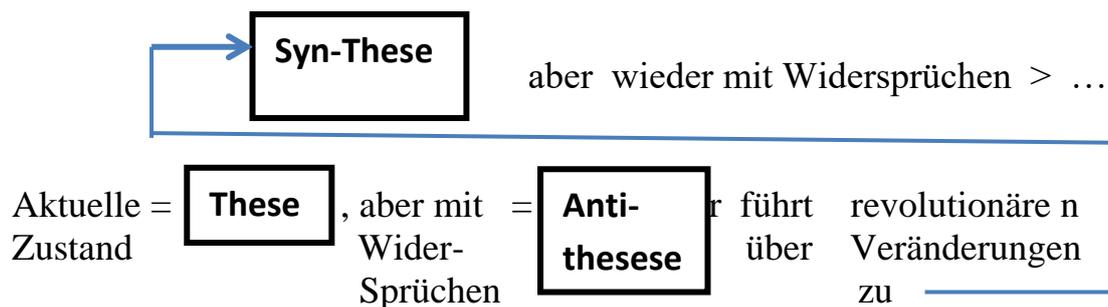
dass etwa das Verbot ungleicher Bezahlung Verfassungsrang erhält. Dafür müssen Männer und Frauen bei der Gesetzgebung zusammenwirken und dürfen sich nicht in Nebenkriegsplätzen verfangen wie etwa das Gendern. Durch ungleiche Bezahlung wird die Würde der zu gering Bezahlten verletzt und gleichzeitig die Würde derjenigen, die das zulassen. Darüber hinaus könnte sich Kirche etwa dafür einsetzen, dass Arbeiten an Menschen (Erziehungs- und Pflegeberufe) mindestens so hoch bezahlt werden wie administrative oder technische Tätigkeiten.

Eine persönliche Bemerkung zum Schluss: zur Konfirmation erhielt ich ein Buch, das mein Denken prägte. Der Seeteufel Graf Luckner griff mit einem als Transportschiff getarnten Schiff gegnerische Kriegsschiffe an, nahm die Besatzungen gefangen und antwortete auf die Frage, warum er mit diesen Kriegsgefangenen so freundlich umginge: das Normale sei der Frieden. Deshalb wolle er mitten im Krieg mit dem Frieden beginnen.

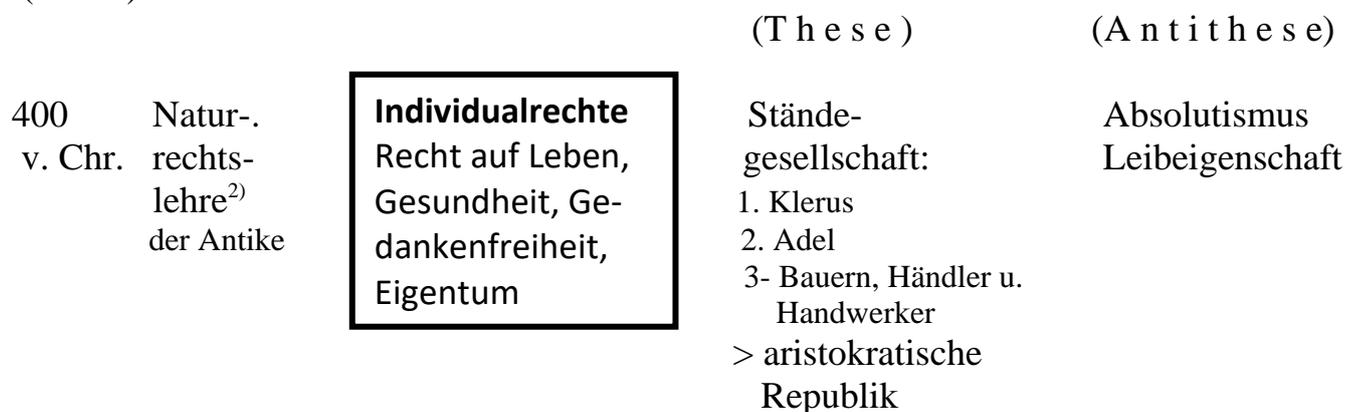
Wenn Kirche das durch den ÖRK gesteckte Ziel gesellschaftlichen Frieden durch die Pflege einer achtsamen und empathischen Debattenkultur anzuregen versucht, wenn Menschen dadurch wieder Mut zum Leben finden, werden Kirche und Glaube wieder bedeutsam. Darum: lassen Sie uns mitten im Krieg mit dem Frieden beginnen.

Bilder zum Vortrag:

(Bild 1) S. 3:



(Bild 2) S. 5:



(Bild 3) S. 5

Bildung

Soziale Sicherung

Beherbergen

| | | (Th e s e) | (A n t i t h e s e) | |
|------|---|---|--|--|
| 1789 | bürgerliche Aufklärung/ Revolution | politische MR Meinungs-, Presse-, Vereinigungsfreiheit, a + p Wahlrecht kommunale Selbstverwaltung = bürgerlicher Staat: liberale repräsentative parlamentarische Demokratie | Manufakturen freie Verkehrswirtschaft Kapitalismus Industrielle Revolutionen ökonomische Konzentration Schulpflicht = recht | Klassengesellschaft Verelendung des Industrieproletariats „soziale Frage“ des 19. Jh Wahlrecht nur für Männer |

17./ 18. **bürgerliche Aufklärung** Vernunft (Rationalität) des Menschen und ihr richtiger Gebrauch zum Maßstab allen Handelns.
Immanuel Kant: „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“

| | | | | |
|-------------|--|--|---|---------------------------------|
| 400 v. Chr. | Natur- rechts- lehre ²⁾ der Antike | Individualrechte Recht auf Leben, Gesundheit, Gedankenfreiheit, Eigentum | Stände- gesellschaft: 1. Klerus 2. Adel 3- Bauern, Händler u. Handwerker > aristokratische | Absolutismus Leibeigenschaft |
|-------------|--|--|---|---------------------------------|

| | |
|-------------------|--------------------|
| Bildung | Bildung |
| Soziale Sicherung | Soziale Sicherung |
| Beherbergen | Beherbergen |

Die Entwicklung der Menschenrechte (nachfolgend: MR) ihr Niederschlag in Gesellschafts- und Wirtschaftssystemen

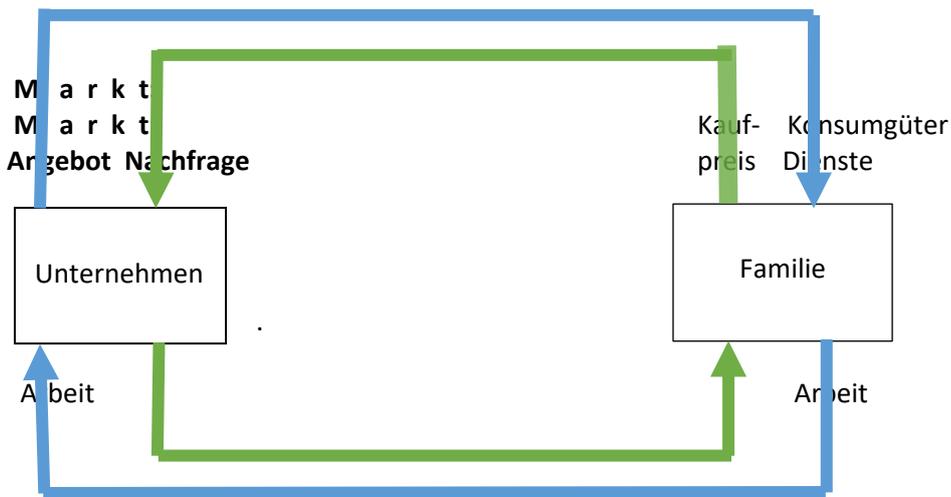
| Zeit | Revolu- tionen | Entwicklung der MR- | gesellschaftl. wirtschaftlich/ soziale Auswirkungen | Fehlentwicklungen |
|--------------------|--|---|--|---|
| - | | | (These) | (Antithese) |
| 1918 ff | sozialist. Revolution | Sozial. MR = Recht auf Arbeit (Bedingungen und Lohn) letzt- lich sozialer Existenzschutz | Demokratischer Staat Gewerkschaften Kündigungsschutz Soziale Marktwirt- schaft, Tarifverträge Teilhabe aller an Bildung und politischer Gestaltung Frauenwahlrecht | Diskriminierung von „Andersartigen“ Nationalismus Faschismus u.a.m. |
| 18./19. Jh: | sozialistische Aufklärung: | kapitalistische Produktionsverhältnisse entfremden den Menschen wenn Eliten Revolution machen, entstehen elitäre Verhältnisse, also: gemeinsames revolutionäres Bewusstsein erzielt die solidarische Gemeinschaft, in der Werte wie Freiheit für alle Wirklichkeit werden. | | |
| 1789 | bürgerliche Aufklärung/ Revolution | politische MR Meinungs-, Pres- se-, Vereini- gungsfreiheit, a + p Wahlrecht kommunale Selbstverwaltung = bürgerlicher Staat: liberale repräsentative parlamentarische Demokratie | Manufakturen freie Verkehrswirtschaft Kapitalismus Industrielle Revolu- tionen ökonomische Konzen- tration Schulpflicht = recht | Klassengesellschaft Verelendung des Industrieproletariats „soziale Frage“ des 19. Jh Wahlrecht nur für Männer |
| 17./ 18. Jahrh. | bürgerliche Aufklärung | Vernunft (Rationalität) des Menschen und ihr richtiger Gebrauch zum Maßstab allen Handelns. Immanuel Kant: „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“ | | |
| 400 v. Chr. | Natur- rechts- lehre ²⁾ der Antike | Individualrechte Recht auf Leben, Gesundheit, Ge- dankenfreiheit, Eigentum | Stände- gesellschaft | Absolutismus Leibeigenschaft |

(Bild 7) S. 9

Mek1-23-07

(Freie) Marktwirtschaft

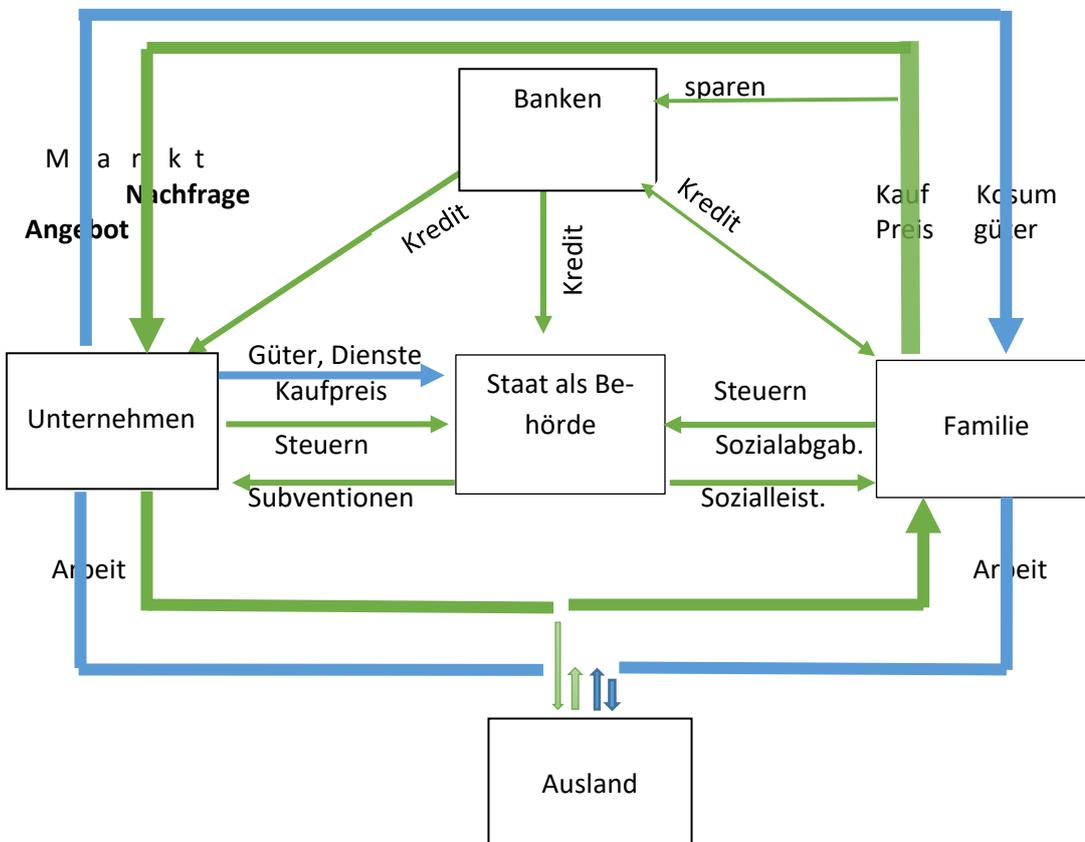
Angewiesenheit auf Familie



Gefahren: $A > N \rightarrow$ Deflation,
 $A < N \rightarrow$ Inflation
 Stabilitätsbedingung: $A = N$

(Bild 8) S. 9

Soziale Marktwirtschaft



(Bild 9) S.9

Bildung
Soziale Sicherung
Beherbergen

~~Bildung~~
~~Soziale Sicherung~~
~~Beherbergen~~

~~Bildung~~
~~Soziale Sicherung~~
~~Beherbergen~~

(Bild 10) S.9

Bildung
Soziale Sicherung
Beherbergen

~~Bildung~~
~~Soziale Sicherung~~
~~Beherbergen~~

~~Bildung~~
~~Soziale Sicherung~~
~~Beherbergen~~

~~Bildung~~
~~Soziale Sicherung~~
~~Beherbergen~~

(Bild-11)-Gesetz-Entstehung

